

HGAS

Hochschulgruppe ausländischer
StudentInnen der Carl Von Ossietzky
Universität Oldenburg

| Hochschulgruppe ausländischer StudentInnen | Uhlhornsweg 49-55 | D-26111 Oldenburg |
Telefon: (+49) 0441/798-2673 | Fax: (+49) 0441/798-3164 | E-mail: hgas@uni-oldenburg.de
www.hgas.uni-oldenburg.de

**FÖRDERUNG DES STUDIUMS
FÜR GEFLÜCHTETE
STUDIARENDE**

An das Präsidium des

StuPa der Universität Oldenburg

Per E-Mail: stupa-verteiler@listserv.uni-oldenburg.de

Oldenburg, 22.06.2015

Sehr geehrte Präsidentin ,
3. StuPa Sitzung (24.Juni 2015)

anliegender Antrag zu der Initiative „ **Hochschule-ohne-Grenzen zur Förderung des Studiums für geflüchtete Studierende an deutschen Hochschulen.**“

Übersenden wir mit der Bitte, diesen zur Beschlussfassung auf die Tagesordnung der kommenden 3. Sitzung am 24. Juni 2015 zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Maurice Mwizerwa
AVS/ HGAS

| Hochschulgruppe ausländischer StudentInnen | Uhlhornsweg 49-55 | D-26111 Oldenburg |
Telefon: (+49) 0441/798-2673 | Fax: (+49) 0441/798-3164 | E-mail: hgas@uni-oldenburg.de
www.hgas.uni-oldenburg.de

Antragstellung
durch die HGAS Uni- Oldenburg und Hochschule ohne Grenzen Initiative
in der 3. Sitzung des StuPa der Universität Oldenburg.

Aufruf zur Unterstützung der Initiative „Hochschule ohne Grenzen“ durch das Projekt „Unterstützung und Förderung bei der Fortsetzung des Studiums von Geflüchteten in Deutschland“

Das StuPa der Universität Oldenburg möge beschließen,
den Antrag „Aufruf zur Unterstützung der Initiative Hochschule ohne Grenzen“ durch das
Projekt: Unterstützung und Förderung bei der Fortsetzung des Studium von Geflüchteten in
Deutschland mit folgenden Maßgaben zu unterstützen.

Im Jahr 2012 wurde Deutschland nach den Vereinigten Staaten als das zweitbeliebteste Einwanderungsland der Welt mit Einwanderern aus 194 Ländern eingestuft. Außerdem steigt hierzulande seit 2013 immer mehr die Zahl der Asylsuchenden und die Anzahl hat im Jahr 2014 über 200.000 erreicht und der Trend in diesem Jahr 2015 zeigt mehr Asylanträge als im letzten Jahr. Dies bedeutet, dass Deutschland auch aus einer Migrationsgesellschaft besteht und alle die Bestandteile dieser Gesellschaft sollten gleich behandelt werden. Aber das ist nicht der Fall, weil z. B die Gesetze und Institutionen die Geflüchteten an Bildungs- und Arbeitszugang deutlich ausgrenzen. Die Situation der geflüchteten Studierenden, die in Deutschland ihren Asylantrag stellen, und die während des Asylverfahrens ihr Studium nicht fortsetzen dürfen oder können, hat unsere Aufmerksamkeit geweckt. In den meisten Fällen dauert dieses Verfahren länger als erwartet und diese geflüchteten Studierenden verlieren viel Zeit und manchmal können sie ihr Studium zeitlich nicht in Regelstudienzeit oder gar nicht beenden. Zwar ist die Situation nicht neu, aber es wurde bisher keine geeignete Lösung gefunden. Immer mehr und seit langer Zeit kommen solche geflüchteten Studierenden und können ihr Studium nicht fortsetzen mit schlechten Folgen für das Individuum selber und für seine Familie aber auch für die ganze Gesellschaft Deutschlands. Diese betroffenen Geflüchteten fühlen sich sehr frustriert und perspektivlos und aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit werden in bewaffneten Konflikten bzw. Terrorgruppen, Gewalt, Drogenkonsumierung und -handel sowie in andren Formen der Kriminalität ausgebeutet.

Selbst zum Teil als Opfer dieser Ausgrenzung und angesichts der erschreckenden Folgen entscheiden wir uns als HGAS, die geflüchteten Studierenden der CvO Universität Oldenburg durch die Initiative „Hochschule ohne Grenzen“ zu fördern und ihnen eine Unterstützung bei der Fortsetzung des Studiums durch eine Patenschaft zu gewähren.

Deshalb rufen wir den StuPa der CvO Universität Oldenburg zur politischen Unterstützung dieser Initiative auf, um die Universitätsgemeinschaft auf die Missstände aufmerksam zu

| Hochschulgruppe ausländischer StudentInnen | Uhlhornsweg 49-55 | D-26111 Oldenburg |
Telefon: (+49) 0441/798-2673 | Fax: (+49) 0441/798-3164 | E-mail: hgas@uni-oldenburg.de
www.hgas.uni-oldenburg.de

machen. Wir bitten auch die zuständigen Gremien, Institutionen und Einrichtungen, die in diesem Themengebiet arbeiten, um Kooperation und Unterstützung, damit wir gemeinsam zu einem erfolgreichen Ergebnis kommen können.

Hintergründe:

Im Jahr 2004 gab es an der Uni Oldenburg die Ersten AbsolventInnen des erfolgreichen Pilotprojekts „Kontaktstudium für hoch qualifizierte Flüchtlinge“. Das Weiterbildungsangebot wurde entwickelt auf Grundlage einer empirischen Studie des Interdisziplinären Zentrums für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM) an der Universität Oldenburg. Sie hatte ergeben, dass die soziale und berufliche Integration vieler Flüchtlinge in Niedersachsen weitgehend gescheitert ist und die überwiegende Mehrzahl von ihnen trotz hoher Qualifikation und unbefristeter Aufenthaltserlaubnis arbeitslos ist. Bei den AbsolventInnen handelt es sich um Flüchtlinge und jüdische Einwanderer mit einer sozialwissenschaftlichen oder pädagogischen Grundausbildung. Ziel des Kontaktstudiums ist es, die Kompetenzen von Flüchtlingen mit begonnener oder abgeschlossener Ausbildung in pädagogischen oder sozialpädagogischen Berufsfeldern gezielt auszubauen und den beruflichen Einstieg in pädagogische Arbeitsbereiche zu erleichtern. Leider gibt es nach fast 10 erfolgreichen Jahren wegen fehlender finanzieller Mittel zurzeit keine Angebote mehr.

Ausgehend von diesem Weiterbildungsangebot ist auch ein Studiengang Projekt; „ Interkulturelle Bildung und Beratung“ entstanden. Das Interdisziplinäre Zentrum für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen (IBKM) der Universität Oldenburg bot die akademische Weiterbildung seit dem Wintersemester 2006/07 an. Eingeschrieben waren nur Flüchtlinge und Migranten mit pädagogischer, sozialpädagogischer oder sozialwissenschaftlicher Grundausbildung im Heimatland. Bis dato gab es für höher qualifizierte Flüchtlinge und Migranten keine speziellen Angebote, die ihre mitgebrachten Kompetenzen und Qualifikationen hinreichend berücksichtigen und zum Erhalt und Ausbau vorhandener Humanressourcen durch eine adäquate Weiterbildung beitragen. Dieser Studiengang stellt für sie allerdings die einzigartige Chance dar, ein Studium zu absolvieren und ihre berufliche Perspektive in Deutschland zu verbessern.

Mit dem weiterbildenden Studiengang "Interkulturelle Bildung und Beratung" (Bachelor of Arts) bietet die Fakultät I – Bildungs- und Sozialwissenschaften mit CMC| Center for Migration and Cultural Studies – hoch qualifizierten Migrantinnen und Migranten mit pädagogischer, sozialpädagogischer oder sozialwissenschaftlicher Grundausbildung einen zweijährigen Studiengang auf universitärem Bachelor-Niveau an. Leider muss der Studiengang im Wintersemester 2012/2013 wegen fehlender finanzieller Mittel nicht angeboten worden. Im Wintersemester 2013/2014 könnten Studierende aufgenommen die jetzige Sommer Semester ihre Studium beenden werden. Zurzeit liegt ein Studium Konzept mit Beginn Wintersemester 2016/2017 für die gleichen Ziele Gruppe (Flüchtlinge und Migranten) vor. Die Finanzierung muss auch gesichert werden.

| Hochschulgruppe ausländischer StudentInnen | Uhlhornsweg 49-55 | D-26111 Oldenburg |
Telefon: (+49) 0441/798-2673 | Fax: (+49) 0441/798-3164 | E-mail: hgas@uni-oldenburg.de
www.hgas.uni-oldenburg.de

Dieser Studiengang bietet eine einzigartige Chance für Migranten und Geflüchtete, um ihr Studium zu absolvieren und berufliche Perspektiven in Deutschland zu ermöglichen.

Hochschule-ohne-Grenzen (HooG) fördert die Hochschulbildung der geflüchteten Studierenden. Somit mögen wir gerne das Projekt „Unterstützung und Förderung bei der Fortsetzung des Studiums von Geflüchteten in Deutschland“ fördern. Aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung, Kriege, Naturkatastrophen flüchten viele Menschen nach Deutschland. Ende des Jahres 2014 waren weltweit mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. In diesem Jahr wurden in Deutschland mehr als 200.000 Asylanträge ausgestellt, die sich zu den vorhandenen Zahlen der vergangenen Jahre addierten. Unter denen gibt es die geflüchteten Studierende, die während ihrer Flucht ihr Studium abgebrochen haben und es leider nicht in Deutschland einfach fortsetzen dürfen oder können. Die Flucht oder Asylverfahren dauern länger als erwartet und die meisten von den Flüchtlingshilfeorganisationen geförderten Schüler_innen schließen ihre Sekundarschule ab, aber haben keinen Zugang zum Studium.

Viele Flüchtlingshilfeorganisationen begrenzen ihre Einsätze zur Nothilfe (z. B. Prekäre Sprache Unterricht, Grundschule und Sekundarbereich). Mit mangelnder Unterstützung für geflüchtete Jugendliche beim Studium eskaliert diese Problematik allmählich und es führt nämlich zur schlechten Lage: Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit, Frustration, die Teilnahme an bewaffneten Konflikten, einschließlich an Terrorgruppen, Gewalt, Kriminalität, Drogenkonsumierung und -handel, Zwangsheirat, Zwangsprostitution, illegale Wanderung mit Hilfe oder Missbrauch von Menschenschleppern, Menschenhändlern mit katastrophalen Folgen. (z. B. Lampedusa-Tragödie). Viele Asylbewerber_innen leiden mehr an Traumata und werden davon und durch Isolation in Asylheimen depressiv.

Das StuPa soll beschließen und unterstützen, dass die angefangene Maßnahmen für Migranten und Geflüchtete an der Uni bzw. der Studiengang „Interkulturelle Bildung und Beratung“ und noch mehr Fächer auch für benachteiligte Menschen weiter zu unterstützen. Ein Beauftragter für Geflüchtete Studierende soll an den Universitäten ernannt werden.

Dass ein Netzwerk um die Unterstützung, Beratung, Orientierung, Förderung, Betreuung und Engagement der betroffenen geflüchteten Studierenden bei der Fortsetzung ihres Studiums in Deutschland bzw. an der Uni Oldenburg durch eine Patenschaft gründen, betreiben und verbreiten. Wir fördern die interkulturellen und humanitären Kompetenzen für Unterstützende durch Austauschmöglichkeiten und ehrenamtliche Aktivitäten.

Wir wünschen uns, dass die Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lage der Flüchtlings- und Aufnahmegesellschaft durch die Patenschaft und Engagement gefördert wird, damit die Geflüchteten die Teilhabe in dieser Gesellschaft in Anspruch nehmen können. Angesichts dieser Problematik und ihrer Konsequenzen würden wir gerne den Zugang an den Hochschulen und Universitäten für Geflüchtete fördern, um die künftige Integration, einen Arbeitsmarktzugang und Entrepreneurship der Geflüchteten in Deutschland zu sichern.

| Hochschulgruppe ausländischer StudentInnen | Uhlhornsweg 49-55 | D-26111 Oldenburg |
Telefon: (+49) 0441/798-2673 | Fax: (+49) 0441/798-3164 | E-mail: hgas@uni-oldenburg.de
www.hgas.uni-oldenburg.de

Daneben ist auch die Förderung des Engagements von geförderten geflüchteten Studierenden bei ihre ehrenamtlichen Aktivitäten in Bildung, Alphabetisierung und im Weiterbildungsbereich für geflüchtete Jugendliche und Erwachsene zu gestalten.

Außerdem wird die Unterstützung und Förderung der Geflüchtete um die Teilhabe an Friedenskultur und Konfliktlösung, Umweltschutz, Gewerkschaften sowie in der soziokulturellen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Migrationsgesellschaft eingesetzt. Wir erwarten auch, dass die Veranstaltung von Praktika, ehrenamtlichen Aktivitäten und eventuellen Besuchen der Unterstützenden bei den Lebensmilieus der Geflüchteten während dieses Projekts sehr günstiger für die beiden Gemeinschaften werden.

Wir plädieren weiterhin für eine Erleichterung zum Hochschulzugang für Geflüchtete und Verbesserung der Lebensbedingungen. In diesem Zusammenhang wird die Interessenvertretung der geflüchteten Studierenden bei der Anerkennung der erworbenen Kompetenzen (Zeugnisse) in den Aufnahmeländern sowie in den Heimatländern nach ihrer Rückkehr gesichert.

Es uns sehr wichtig ist, dass der Rechtsanspruch und die Unterstützung für die geflüchteten Studierenden, die wegen ihrer Flucht ihr Studium in ihren Heimatländern abgebrochen haben und nicht in Deutschland fortsetzen können oder dürfen, gesichert werden soll.

Es uns sehr wichtig ist, dass geflüchtete Studierende einen Rechtsanspruch auf Sprachkurse an den Universitäten haben sollen.

Wir wünschen uns, dass AbsolventInnen der von Äquivalenten zur deutschen Sekundarstufe II hier ein Studium ohne Einschränkungen beginnen können. D.h., dass höher qualifizierte Schulabschlüsse grundsätzlich anerkannt werden sollen. Geflüchtete Studierende sollen weiterhin ihren Anspruch auf Ausbildungsförderungshilfe schneller und leichter geltend machen können.

Mit der Hilfe vom Studierendenparlament und weiteren Institutionen sind wir sicher, dass wir das Projekt positiv voranbringen können.